

REPUBLIK ITALIEN
IM NAMEN DES ITALIENISCHEN VOLKES
DER RECHNUNGSHOF
RECHTSPRECHUNGSSEKTION BOZEN

bestehend aus den Richtern:

Enrico MARINARO	Präsident
Michael GROSSMANN	Referendar
Anna ZANELLA	Referendar-Berichterstatter

erlässt folgendes

URTEIL

in dem unter Nr. 2558 des Kanzleiregisters eingetragenen
Haftungsverfahren gegen:

Karl ERSCHBAUMER (St.-Nr. RSCKRL62L13F949K) in seiner
damaligen Eigenschaft als Generalsekretär der Gemeinde Kastelruth,
vertreten und verteidigt durch RA Dr. Andreas STACUL (ZEP:
andreas.stacul@cnfpec.it);

nach Einsicht in die Akten und verfahrensgegenständlichen Unterlagen;
nach Anhörung bei der öffentlichen Verhandlung vom 20. November 2025,
mit dem Beistand des Sekretärs Frau Dr. Ombretta Ricoldo, des
Berichterstatters, Referendar Anna Zanella, des Vertreters der
Staatsanwaltschaft in Person des stellvertretenden Generalstaatsanwalts
Marzia Sulzer und des Rechtsanwalts Andreas Stacul.

SACHVERHALT

Mit ordnungsgemäß zugestellter Klageschrift hat die Regionale

Staatsanwaltschaft Frau Dr. Birgit Mahlknecht und Herrn Dr. Karl Erschbaumer vor diese Rechtsprechungssektion geladen, damit sie zur Zahlung von jeweils 5.635,41 Euro und 3.983,40 Euro zugunsten der Gemeinde Kastelruth verurteilt werden, zuzüglich der Aufwertung, der gesetzlichen Zinsen und der Verfahrenskosten.

Vorab hat die Regionale Staatsanwaltschaft unter Berücksichtigung der Bestimmungen von Art. 21 des Gesetzesdekrets Nr. 76/2020 (sog. „*scudo erariale*“) das Verhalten der Beklagten als „gemischten“ Fall von Unterlassung und Begehung qualifiziert, der in der unterlassenen Beauftragung der Staatsadvokatur mit der Vertretung im Verfahren und in der unterlassenen Markterhebung zur Ermittlung des zu beauftragenden Anwalts besteht.

Zur Unterstützung des Antrags hat die Regionale Staatsanwaltschaft hervorgehoben, dass die Zahlung durch die Gemeinde Kastelruth der aufgrund der Beauftragung eines freiberuflichen Rechtsanwalts mit der Vertretung in zwei Gerichtsverfahren entstandenen Anwaltskosten für die öffentliche Hand nachteilig ist; es sei die Möglichkeit der Inanspruchnahme der Rechtsvertretung durch die Staatsadvokatur nicht gebührend berücksichtigt worden, obwohl in Art. 41 des DPR Nr. 49 von 1973 vorgesehen und welche, in der damals geltenden Fassung, die zweifellos kostensparende Inanspruchnahme dieser Rechtsberatung ermöglicht hätte.

Insbesondere wies sie darauf hin, dass die beiden Beschlüsse der Gemeinde, mit denen ein freiberuflicher Anwalt beauftragt wurde, keine Gründe für diese Entscheidung enthalten, da die Gründe für eine Nichtbeantragung des

Rechtsbeistands durch die Staatsadvokatur nicht genannt wurden.

Darüber hinaus scheint keine Markterhebung zur Auswahl des Rechtsanwalts durchgeführt worden zu sein.

Weiter wurde präzisiert, dass der damit verbundene Schaden zum Nachteil der öffentlichen Hand auch subjektiv den heutigen Beklagten anzulasten sei, die in ihrer jeweiligen Eigenschaft als Gemeindevizesekretärin und Gemeindevizesekretär der Gemeindeverwaltung es unterlassen hätten, dem Gemeindevizeausschuss die Notwendigkeit darzulegen, zuerst die Staatsadvokatur zu konsultieren, um die Bereitschaft zur Übernahme der Verteidigung der lokalen Körperschaft zu prüfen, und dann eine Markterhebung durchzuführen, sondern stattdessen einen teuren Auftrag direkt an einen freiberuflichen Anwalt vergeben haben, der bereits zuvor Aufträge von der Gemeinde erhalten hatte.

Was schließlich den Kausalzusammenhang und die Quantifizierung des Schadens betrifft, so hat die Staatsanwaltschaft, da sie keine Gründe für eine Abweichung vom Urteil Nr. 2/2024 dieser Sektion sah, den den Beklagten aufzuerlegenden Schadenersatzbetrag auf 60 Prozent der Schadenhöhe neu festgesetzt.

2. Mit Dekret Nr. 1/2025 hat der Präsident der Sektion angesichts des in der Klageschrift enthaltenen Antrags auf Anwendung des Mahnverfahrens gemäß Art. 131 und 132 der Prozessordnung des Rechnungshofs den zu Gunsten der Gemeinde Kastelruth zu zahlenden Betrag beziffert.

3. Mit Beschluss Nr. 2/2025 hat der Präsident, nach Kenntnisnahme, dass nur die Beklagte Birgit Mahlknecht die Anlastung fristgerecht angenommen

hatte, die Zahlung des im genannten Dekret festgesetzten Betrags angeordnet.

4. Nachdem die Fortsetzung des Verfahrens gegen den heutigen Beklagten festgesetzt wurde, hat der beauftragte Verteidiger mit einem in deutscher Sprache verfassten Einlassungsschriftsatz vom 26. Juni dieses Jahres vorab die Erklärung der (absoluten) Nichtigkeit aller Handlungen wegen Verstoßes gegen die im Statut vorgesehenen Bestimmungen über den Sprachgebrauch und gegen die Bestimmungen des DPR Nr. 574/1988 beantragt, hilfsweise die Abweisung der Klage, weil in tatsächlicher und rechtlicher Hinsicht unbegründet, sowie, weiter hilfsweise, die Herabsetzung des gegebenenfalls geschuldeten Betrags unter Berücksichtigung der Mitverantwortung der Mitglieder des Gemeindeausschusses, die an der Verabschiedung der Beschlüsse zur Vergabe der Aufträge an den Freiberufler beteiligt waren.

Insbesondere hat er vorausgeschickt, dass Herr Karl Erschbaumer der deutschen Sprachgruppe angehört. Demzufolge hätte ihm die Klage in deutscher Sprache zugestellt werden müssen, bei sonstiger absoluter Nichtigkeit.

Er hat hervorgehoben, dass der vorliegende Fall, angesichts des klaren Wortlauts von Art. 17 Abs. 1 Buchstabe d) Nr. 1 und 1.2 des gesetzvertretenden Dekrets Nr. 50/2016, wie auch von der Rechtsprechung des Rechnungshofs ausgelegt und angewendet (vgl. Rechnungshof, Rechtsprechungssektion für die Region Latium, Urteil Nr. 509/2021), nicht einem öffentlichen Auswahlverfahren unterliegt.

Er präzisierte, dass beide Beschlüsse eine ausführliche Begründung für die Auftragserteilung enthalten.

Er betonte sodann, dass die Vertretung durch die Staatsadvokatur fakultativ ist, was sowohl aus dem Wortlaut der Bestimmung als auch aus einer systematischen Auslegung derselben hervorgeht, außerdem hob er den *intuitu personae* Charakter des einem Rechtsanwalt übertragenen Auftrags hervor, auch im Lichte der Richtlinien der Europäischen Union und der EU-Rechtsprechung.

Schließlich wies er auf die beratende Funktion des Gemeindesekretärs hin und auf den Umstand, dass seine Aufgabe darin bestand, den Beschluss zu verfassen und zu unterzeichnen, und, dass der diesem zugrunde liegende Wille jedoch auf den Gemeindevorstand zurückzuführen ist.

5. Nach der Annahme des vom Anwalt der beklagten Partei hinterlegten Antrags auf Vertagung beriefen sich die Parteien, in der Verhandlung vom 20. November 2025, auf ihren jeweiligen Schlussanträge. Die Streitsache wurde sodann zur Entscheidung einbehalten.

RECHTSERWÄGUNGEN

1. Gegenstand des heutigen Verfahrens, das nach Annahme des Mahnverfahrens durch Frau Dr. Birgit Mahlknecht so abgegrenzt wurde, ist die Haftungsklage der Regionalen Staatsanwaltschaft gegen Herrn Dr. Karl Erschbaumer wegen eines angeblichen Schadens zum Nachteil der öffentlichen Hand in Höhe von 3.983,40 Euro zuzüglich Aufwertung, gesetzlichen Zinsen und Kosten, welcher angeblich durch die Beauftragung eines freiberuflichen Rechtsanwalts entstanden ist, ohne die Möglichkeit der

Inanspruchnahme des kostenlosen Rechtsbeistands durch die Staatsadvokatur gebührend zu berücksichtigen und ohne vorher eine Markterhebung durchgeführt zu haben.

2. Vorab ist die von der Verteidigung des Beklagten geltend gemachte Einwendung der (absoluten) Nichtigkeit sämtlicher Verfahrenshandlungen wegen Verletzung der Bestimmungen über den Gebrauch der deutschen Sprache in Gerichtsverfahren, enthalten im DPR Nr. 574 vom 15. Juli 1988 zur Umsetzung von Titel XI des Autonomiestatuts (DPR Nr. 670 vom 31. August 1972), abzuweisen.

2.1. Was die Abweisung der Einwendung angeht, ist zunächst kurz der betreffende rechtliche Rahmen zu umschreiben.

Art. 9, dritter Absatz, der Prozessordnung des Rechnungshofs verfügt wie folgt: « *Die Rechtsprechungssektionen Trient und Bozen werden weiterhin durch das Sonderstatut für die Region Trentino-Südtirol und die diesbezüglichen Durchführungsbestimmungen geregelt, unter Beachtung der geltenden Bestimmungen im Bereich Minderheitenschutz* ».

Das DPR Nr. 670/1972 (*“Genehmigung des vereinheitlichten Textes der Verfassungsgesetze, die das Sonderstatut für Trentino-Südtirol betreffen”*), soweit hier relevant, legt in Art. 99 für die Region die Gleichstellung der deutschen Sprache mit der italienischen Sprache, der Amtssprache des Staates, fest, und Art. 100 sieht vor, dass die deutschsprachigen Bürger der Provinz Bozen das Recht haben, im Verkehr mit den Gerichtsämtern und mit den Organen und Ämtern der öffentlichen Verwaltung, die ihren Sitz in der Provinz haben oder regionale Zuständigkeit besitzen, sowie mit den

Konzessionsunternehmen, die in der Provinz öffentliche Dienste versehen, ihre Sprache zu gebrauchen, wodurch ein Schutz geschaffen wird, der «*non sul principio di personalità ma su quello di territorialità*» beruht (vgl. Verfassungsgericht, Urteil Nr. 213/1998).

In Bezug auf diesen letzten Punkt sind daher die Argumente der beklagten Partei hinsichtlich des Umstandes, dass er vor seiner Rente eine Stelle innehatte, die der deutschen Sprachgruppe vorbehalten war, der er ebenso angehört, irrelevant.

Dies vorausgeschickt wurde zur Umsetzung von Titel XI des Statuts, aus dem die beiden für den vorliegenden Fall besonders relevanten Artikel oben zitiert wurden, das DPR Nr. 574/1988 erlassen (*“Durchführungsbestimmungen zum Sonderstatut für die Region Trentino-Südtirol über den Gebrauch der deutschen und der ladinischen Sprache in den Beziehungen zur öffentlichen Verwaltung und in den Gerichtsverfahren”*), das aufgrund der Verweisung in Art. 10-bis des DPR Nr. 305 vom 15. Juli 1988 auch für die Rechtsprechungssektion von Bozen gilt. (*“Durchführungsbestimmungen zum Sonderstatut für die Region Trentino-Südtirol für die Errichtung der Kontrollsektionen des Rechnungshofes von Trient und von Bozen und für das ihnen zugeteilte Personal”*).

Die Regelung der Einwendung der Nichtigkeit, wie sie von der beklagten Partei formuliert wurde und unter Berücksichtigung der für das Verfahren vor dem Rechnungshof geltenden Bestimmungen des DPR Nr. 574/1988, ist in Art. 23/bis enthalten, der wie folgt lautet: «*Die Verletzung der*

Bestimmungen laut den Artikeln 20, 20/bis, 20/ter und 21, welche die Wahl und die Verwendung der Sprache betreffen bzw. damit zusammenhängen, bewirkt die von Amts wegen wahrzunehmende Nichtigkeit sämtlicher - auch nachfolgenden - in der anderen Sprache abgefassten Akte, unbeschadet der Bestimmungen des Artikels 161 Absatz 1 der Zivilprozessordnung. Nur die Partei, gegenüber welcher die Verwendung der vorgeschriebenen Sprache unterlassen wurde, kann das Urteil anfechten, um obgenannte Nichtigkeit geltend zu machen.»

Nun, im vorliegenden Fall liegt kein Verstoß gegen die oben genannten Vorschriften *«welche die Wahl und die Verwendung der Sprache betreffen»* vor.

In der Tat, nachdem der Regionale Staatsanwalt eine zweisprachige Aufforderung zur Stellungnahme zugestellt hatte, ging er angesichts der in italienischer Sprache formulierten Gegendarstellungen zu Recht davon aus, dass die vom derzeitigen Beklagten gewählte Sprache Italienisch sei.

Es ist daher davon auszugehen, dass die beklagte Partei beim Regionalen Staatsanwalt ein berechtigtes Vertrauen hinsichtlich des Gebrauchs der italienischen Sprache entstehen hat lassen.

Die erstmals in der Klagebeantwortung vorgebrachte Beanstandung hat lediglich zur Folge, dass sich die öffentliche Partei an die gewählte Sprache anpasst, wie es im vorliegenden Fall geschehen ist, da die Verhandlung in deutscher Sprache stattgefunden hat und das vorliegende Urteil in deutscher Sprache verfasst ist (vgl. Rechnungshof, Rechtsprechungssektion Bozen, Urteil Nr. 26/2011; Id., Urteil Nr. 27/2011).

2.2. Schließlich liegt somit kein Verstoß gegen die Bestimmungen über Wahl und Gebrauch der Sprache vor, sodass die von der Verteidigung des Beklagten geltend gemachte Einwendung der Nichtigkeit abgewiesen wird.

3. In meritorischer Hinsicht ist der Richtersanat der Auffassung, dass die Klage aus den nachfolgend dargelegten Gründen abzuweisen ist.

3.1. Vorab ist festzuhalten, dass, obwohl diesbezüglich keine Einwendungen seitens der beklagten Partei erhoben wurden, Art. 21 des Gesetzesdekrets Nr. 76 vom 16. Juli 2020 (sog. *scudo erariale*) keine Anwendung findet, da es sich um einen stufenweise zu verwirklichenden Tatbestand handelt, bei dem der erste Teil des kausativen Verhaltens in der Unterlassung besteht und der zweite Teil hingegen, der eine reine Auswirkung des ersten unterlassenden Teils ist, im Begehen besteht (vgl. Rechnungshof, Rechtsprechungssektion für die Region Piemont, Urteil Nr. 339/2023).

Die Staatsanwaltschaft hat dem heutigen Beklagten zwei Unterlassungen vorgeworfen, und zwar konkret die Unterlassung, die Vertretung vor Gericht der Staatsadvokatur zu übertragen und die Unterlassung einer Markterhebung.

3.2. Insbesondere in Bezug auf den ersten Punkt (unterlassene Beauftragung der Staatsadvokatur mit der Vertretung vor Gericht) ist anzumerken, dass Art. 41 des DPR Nr. 49 vom 1. Februar 1973 in der zum damaligen Zeitpunkt geltenden Fassung für die Regionen, Provinzen, Gemeinden und anderen lokalen Körperschaften die Möglichkeit vorsah, den rechtlichen Beistand der Staatsadvokatur in Anspruch nehmen zu können.

Aus dem Wortlaut der Vorschrift geht daher klar hervor, dass es sich um

eine Ermessensentscheidung handelt, die den oben genannten Verwaltungen überlassen bleibt.

Wie jede Ermessensentscheidung muss jedoch auch diese durch eine angemessene Begründung hinsichtlich der Entscheidung, einen freiberuflichen Rechtsanwalt mit einem kostenpflichtigen Auftrag zu betrauen, gestützt werden.

Tatsächlich *«L'insindacabilità "nel merito" delle scelte discrezionali compiute da soggetti sottoposti alla giurisdizione della Corte dei conti non comporta che esse siano sottratte ad ogni possibilità di controllo, e segnatamente a quello della conformità alla legge che regola l'attività amministrativa, potendo e dovendo la Corte dei conti verificare la compatibilità delle scelte amministrative con i fini pubblici dell'ente, che devono essere ispirati ai criteri di economicità ed efficacia, rilevanti sul piano non della mera opportunità bensì della legittimità dell'azione amministrativa.»* (Kass., Vereinigte Sektionen, Beschluss Nr. 30527/2019).

Im Anlassfall ist die Beschlussniederschrift des Gemeindevausschusses der Gemeinde Kastelruth Nr. 270/2021, an dem der Beklagte teilgenommen hat, hinsichtlich der Entscheidung, einen freiberuflichen Rechtsanwalt mit der Aufgabe zu betrauen, genügend begründet.

Insbesondere angesichts des positiven Ausgangs des Verfahrens in erster Instanz (Verwaltungsgericht Bozen, Urteil Nr. 89/2021) und nach Zustellung der Berufungsklage hat der Gemeindevausschuss beschlossen, Rechtsanwalt Alfred Mulser erneut mit der Vertretung zu beauftragen, *„da dieser auch das vorhergehende Verfahren betreut hat“*.

Die Begründung hinsichtlich der Gewährleistung der Kontinuität der Verteidigung in der Berufungsinstanz erscheint angesichts des günstigen Ausgangs des erstinstanzlichen Verfahrens, dessen Verteidigungsauftrag durch Beschluss des Gemeindevausschusses erteilt worden war, an dem jedoch der derzeitige Beklagte nicht teilgenommen hatte, angemessen und frei von Unvernunft (vgl. Rechnungshof, Rechtsprechungssektion Trient, Urteil Nr. 26/2022 zur Nicht-Irrationalität der Erteilung eines zweiten Auftrags an einen bereits zuvor beauftragten und mit dem Streitgegenstand vertrauten Rechtsanwalt).

3.3. Insbesondere in Bezug auf den zweiten Aspekt (unterlassene Markterhebung) muss unterschieden werden zwischen der Vergabe einzelner Aufträge zur Rechtsvertretung, die intellektuelle Dienstleistungen darstellen und unter die in Art. 17 Abs. 1 des gesetzesvertretenden Dekrets Nr. 50 vom 18. April 2016 genannten ausgeschlossenen Verträge fallen, und der Vergabe von Rechtsberatungs- und Rechtsbeistandsaufträgen mit komplexem Inhalt, die in einen strukturierten Rahmen organisierter beruflicher Tätigkeiten eingefügt sind, für die hingegen die Vorschriften des Kodex der öffentlichen Verträge gelten (vgl. Verwaltungsgericht Latium, Abt. I-quater, Urteil Nr. 9860/2025, das auch auf das Urteil Nr. 2730/2012 des Staatsrats verweist, und das Urteil Nr. 509/2021 des Rechnungshofs, Rechtsprechungssektion für die Region Latium).

Der im vorliegenden Fall erteilte Auftrag betrifft, wie aus den im Verfahren vorgelegten Unterlagen hervorgeht, eine einzelne Leistung, nämlich die Verteidigung im Berufungsverfahren, und fällt somit unter die erste oben

genannte Kategorie, sodass er nicht den Vorschriften für öffentliche Verträge unterliegt.

Unbeschadet des Vorstehenden darf jedoch nicht übersehen werden, dass gemäß Art. 4 des *ratione temporis* geltenden gesetzesvertretenden Dekrets Nr. 50/2016 die Vergabe öffentlicher Aufträge, die vom Anwendungsbereich des Kodex ausgenommen sind, dennoch «*unter Beachtung der Grundsätze der Wirtschaftlichkeit, Wirksamkeit, Unparteilichkeit, Gleichbehandlung, Transparenz, Verhältnismäßigkeit, Öffentlichkeit, Umweltschutz und Energieeffizienz*» sowie des Rotationsprinzips erfolgen muss, was zumindest als Ausdruck der Grundsätze der Unparteilichkeit, Gleichbehandlung, Transparenz und Verhältnismäßigkeit angesehen werden kann, zu deren Einhaltung die Gemeinde Kastelruth im Übrigen durch den derzeitigen Beklagten mit dem Archivierungsdekret der Regionalen Staatsanwaltschaft Bozen vom 07.04.2020 aufgefordert worden war.

Nun, auch in Bezug auf die oben genannten Grundsätze ist kein Verstoß festzustellen, da eine erneute Beauftragung desselben Rechtsanwalts, der bereits mit dem Verfahren in erster Instanz betraut war, angesichts des günstigen Ausgangs der ersten Instanz und somit der sogenannten ordnungsgemäßen Ausführung der vorherigen Leistung (welche die Nichtanwendung des Rotationsprinzips gemäß der ANAC-Richtlinie Nr. 4 und nun gemäß Art. 49 des gesetzesvertretenden Dekrets Nr. 36 vom 31. März 2023 rechtfertigt) nicht mit Unvernunft behaftet ist.

4. Nachdem somit die Unbegründetheit der heutigen Klage mit spezifischem

und detailliertem Bezug auf die Erteilung des zweiten Auftrags festgestellt wurde, ist dennoch anzumerken, dass aus den eingegangenen Unterlagen hervorgeht, dass Frau Dr. Mahlknecht in Vertretung des vorübergehend abwesenden Generalsekretärs gehandelt hat, sodass daher vernünftigerweise davon ausgegangen werden kann, dass sie sich an die Vorgehensweise bei der Vergabe von Rechtsaufträgen gehalten hat, die von der Verwaltung durch den heutigen beklagten Generalsekretär als oberstes Organ befolgt wurde, der, wie in Paragraf 3.3 erwähnt, bereits Gegenstand der Aufmerksamkeit der Regionalen Staatsanwaltschaft war.

Dies lässt den Richtersenat angemessene Gründe für die vollständige Aufhebung der Verfahrenskosten erkennen.

AUS DIESEN GRÜNDEN

trifft der Rechnungshof – Rechtsprechungssektion Bozen, folgendes endgültiges Urteil:

Die von der beklagten Partei erhobene Einwendung der Nichtigkeit wird abgewiesen;

Der Beklagte Karl ERSCHBAUMER wird von der gegen ihn erhobenen Klage freigesprochen;

Die Verfahrenskosten werden vollständig aufgehoben.

Das Sekretariat wird mit der in seine Zuständigkeit fallenden Bearbeitung beauftragt.

So entschieden in den nichtöffentlichen Sitzungen vom 20. November 2025 und vom 26. November 2025.

Der Verfasser des Urteils

Der Präsident

Anna Zanella

(digital unterzeichnet)

Enrico Marinaro

(digital unterzeichnet)

Im Sekretariat mittels Hinterlegung am 31/12/2025 veröffentlicht.

Der Vorgesetzte

Claudio Comparato

(digital unterzeichnet)

Sentenza 126/2025

REPUBBLICA ITALIANA
IN NOME DEL POPOLO ITALIANO
LA CORTE DEI CONTI
SEZIONE GIURISDIZIONALE DI BOLZANO

composta dai magistrati:

Enrico MARINARO	Presidente
Michael GROSSMANN	Referendario
Anna ZANELLA	Referendario-relatore

ha pronunciato la seguente

SENTENZA

nel giudizio per responsabilità amministrativa iscritto al n. 2558 del registro di segreteria nei confronti di:

Karl ERSCHBAUMER (cod. fisc. RSKRL62L13F949K) in qualità, all'epoca dei fatti, di segretario generale del Comune di Castelrotto rappresentato e difeso dall'avv. Andreas STACUL (PEC andreas.stacul@cnfpec.it);

VISTI gli atti e i documenti di causa;

UDITI, nella pubblica udienza del 20 novembre 2025, con l'assistenza del segretario, dott.ssa Ombretta Riboldo, il relatore, referendario Anna Zanella, il rappresentante del Pubblico Ministero in persona del sostituto procuratore generale Marzia Sulzer e l'avv. Andreas Stacul.

RITENUTO IN FATTO

Con atto di citazione ritualmente notificato, la Procura Regionale ha

convenuto, dinanzi a questa Sezione Giurisdizionale, la dott.ssa Birgit Mahlknecht e il dott. Karl Erschbaumer per ivi sentirli condannare al pagamento, in favore del Comune di Castelrotto, rispettivamente della somma di euro 5.635,41 e di euro 3.983,40, oltre rivalutazione, interessi legali e spese del procedimento.

Preliminarmente l'organo requirente, in relazione al disposto di cui all'art. 21 del d.l. n. 76/2020 (c.d. scudo erariale), ha qualificato la condotta dei convenuti quale fattispecie "mista" di carattere omissivo-commissivo consistente nell'omesso affidamento della rappresentanza in giudizio all'Avvocatura dello Stato e nell'omessa indagine di mercato al fine di individuare il professionista cui conferire l'incarico.

A sostegno della domanda, la Procura regionale ha evidenziato poi il carattere pregiudizievole per l'erario del pagamento, da parte del Comune di Castelrotto, delle spese legali sostenute a seguito dell'operato affidamento di un incarico professionale di assistenza in due giudizi a un avvocato del libero foro, senza prendere in debita considerazione la possibilità di avvalersi del patrocinio legale dell'Avvocatura dello Stato, nonostante la previsione di cui all'art. 41 del d.P.R. n. 49 del 1973, che, nella formulazione all'epoca vigente, avrebbe consentito di avvalersene, con indubbio risparmio di spesa.

In particolare, ha segnalato che le due deliberazioni del Comune con le quali è stato incaricato un avvocato libero professionista non recano motivazioni a supporto della relativa scelta, non essendo stato dato conto delle ragioni della mancata richiesta del patrocinio dell'Avvocatura dello Stato.

Inoltre, non risulterebbe essere stata operata alcuna indagine di mercato per l'individuazione del legale.

Ha precisato, poi, che il correlato danno erariale sarebbe imputabile, anche sotto il profilo soggettivo, agli odierni convenuti che, nelle rispettive qualità di vicesegretaria comunale e di segretario comunale dell'Amministrazione comunale, avrebbero omesso di rappresentare alla Giunta la necessità di procedere, in primo luogo, a interpellare l'Avvocatura dello Stato per verificare la disponibilità ad assumere la difesa dell'ente locale e, poi, di effettuare un'indagine di mercato, preferendo invece conferire direttamente un incarico oneroso a un avvocato del libero Foro, già destinatario di precedenti incarichi del Comune.

Relativamente, in ultimo, all'apporto causale e alla quantificazione del danno, la Procura, non ravvisando ragioni per discostarsi dalla sentenza n. 2/2024 di questa Sezione, ha rideterminato l'importo del danno da porre a carico dei convenuti nella misura del 60 per cento dell'ammontare del danno.

2. Con decreto n. 1/2025 il presidente della Sezione, vista la proposta di applicazione del rito monitorio di cui agli artt. 131 e 132 del c.g.c. contenuta nell'atto di citazione, ha quantificato la rispettiva somma da pagare in favore del Comune di Castelrotto.

3. Con ordinanza n. 2/2025 il presidente, preso atto dell'accettazione dell'addebito nei termini da parte della sola convenuta Birgit Mahlknecht, ha disposto il pagamento della somma determinata nei suoi confronti con il menzionato decreto.

4. Posta quindi la prosecuzione del giudizio nei confronti dell'odierno convenuto, con memoria di costituzione in lingua tedesca dello scorso 26 giugno, l'incaricato difensore ha chiesto, in via preliminare, la declaratoria di nullità (assoluta) di tutti gli atti per violazione delle norme statutarie in materia di uso della lingua e di quelle di cui al d.P.R. n. 574/1988, in via subordinata, il rigetto della domanda perché infondata in fatto e in diritto nel merito, nonché, in via ulteriormente subordinata, la riduzione del *quantum* eventualmente dovuto, tenendo conto delle concorrenti responsabilità dei componenti della Giunta comunale che hanno partecipato all'adozione delle delibere di affidamento degli incarichi al libero professionista.

In particolare, ha premesso che il signor Karl Erschbaumer appartiene al gruppo linguistico tedesco. Pertanto, l'atto di citazione avrebbe dovuto essere notificato in lingua tedesca a pena di nullità assoluta.

Ha evidenziato che la fattispecie in esame non è soggetta alle regole della procedura a evidenza pubblica alla luce del chiaro tenore dell'art. 17, comma primo, lett. d), n. 1 e 1.2., del d.lgs. n. 50/2016, come interpretato e applicato anche dalla stessa giurisprudenza contabile (cfr. Corte dei conti, Sezione giurisdizionale per la Regione Lazio, sentenza n. 509/2021).

Ha precisato che entrambe le delibere contengono una approfondita motivazione in ordine alle ragioni dell'affidamento dell'incarico.

Ha sottolineato, poi, il carattere facoltativo del patrocinio dell'Avvocatura dello Stato, ricavabile sia dal tenore letterale della norma sia da una lettura sistematica della stessa, sottolineando, inoltre, il carattere fiduciario/*intuitu personae* dell'incarico affidato a un legale, anche alla luce delle direttive

europee e della giurisprudenza comunitaria.

Ha rimarcato, infine, la funzione consultiva propria del segretario comunale e la circostanza che il proprio compito si è risolto nel redigere e firmare la delibera, la cui sottesa volontà è, tuttavia, riferibile alla Giunta comunale.

5. In seguito all'accoglimento dell'istanza di rinvio depositata dal procuratore di parte convenuta, all'udienza del 20 novembre 2025, le parti insistevano nelle rispettive conclusioni.

Il giudizio è stato, quindi, trattenuto in decisione.

CONSIDERATO IN DIRITTO

1. L'oggetto dell'odierno giudizio, così delimitato a seguito dell'accettazione del rito monitorio da parte della dott.ssa Birgit Mahlkecht, concerne l'azione di responsabilità azionata dalla Procura regionale nei confronti del dott. Karl Erschbaumer per un presunto danno erariale pari a euro 3.983,40, oltre rivalutazione, interessi legali e spese, asseritamente cagionato a seguito dell'avvenuto conferimento di un incarico professionale ad un legale del libero foro, senza prendere in debita considerazione la possibilità di avvalersi del patrocinio gratuito dell'Avvocatura dello Stato e senza aver effettuato una previa indagine di mercato.

2. Preliminarmente, va respinta l'eccezione di nullità (assoluta) di tutti gli atti processuali sollevata dalla difesa del convenuto per violazione della normativa sull'uso della lingua tedesca nei procedimenti giudiziari, recata dal d.P.R. n. 15 luglio 1988, n. 574, attuativo del titolo XI dello Statuto di autonomia (d.P.R. 31 agosto 1972, n. 670).

2.1. Al fine di comprendere le ragioni sottese al rigetto dell'eccezione appare opportuno procedere a una breve ricostruzione sistematica dell'impianto normativo di interesse.

L'art. 9, comma terzo, del Codice di giustizia contabile dispone che *«Le sezioni giurisdizionali di Trento e di Bolzano restano disciplinate dallo statuto speciale per il Trentino-Alto Adige e dalle relative norme di attuazione nel rispetto della normativa vigente in materia di tutela delle minoranze linguistiche»*.

Il d.P.R. n. 670/1972 (*“Approvazione del testo unico delle leggi costituzionali concernenti lo statuto speciale per il Trentino-Alto Adige”*), per quanto qui rileva, all'art. 99 sancisce la parificazione nella regione della lingua tedesca a quella italiana che è la lingua ufficiale dello Stato e all'art. 100 prevede la facoltà per i cittadini di lingua tedesca della provincia di Bolzano di usare la loro lingua nei rapporti con gli uffici giudiziari e con gli organi e uffici della pubblica amministrazione situati nella provincia o aventi competenza regionale, nonché con i concessionari di servizi di pubblico interesse svolti nella provincia stessa, individuando, quindi, una protezione basata *«non sul principio di personalità ma su quello di territorialità»* (cfr. Corte Costituzionale, sentenza n. 213/1998).

In relazione a quest'ultimo profilo sono, quindi, inconferenti gli assunti di parte convenuta in ordine alla circostanza che, prima della pensione, egli ricopriva un posto riservato al gruppo linguistico tedesco cui egli appartiene. Tanto premesso, al fine di dare attuazione al titolo XI dello statuto, di cui sono stati sopra citati i due articoli ritenuti di maggior interesse per la

fattispecie che ci occupa, è stato adottato il d.P.R. n. 574/1988 (*“Norme di attuazione dello Statuto speciale per la regione Trentino-Alto Adige in materia di uso della lingua tedesca e della lingua ladina nei rapporti con la pubblica amministrazione e nei procedimenti giudiziari”*), applicabile anche alla Sezione giurisdizionale di Bolzano in ragione del rinvio contenuto nell’art. 10-bis del d.P.R. 15 luglio 1988, n. 305 (*“Norme di attuazione dello statuto speciale per la regione Trentino-Alto Adige per l’istituzione delle sezioni di controllo della Corte dei conti di Trento e di Bolzano e per il personale ad esse addetto”*).

La disciplina dell’eccezione di nullità, così come perimetrata dalla parte convenuta e considerate le norme del d.P.R. n. 574/1988 applicabili al processo contabile, è contenuta nell’art. 23/bis che così dispone: *«La violazione delle disposizioni di cui agli articoli 20, 20/bis, 20/ter e 21, relative e consequenziali alla scelta e all'uso della lingua produce la nullità rilevabile d'ufficio di tutti gli atti, anche successivi, redatti nella lingua diversa, salve le disposizioni dell'articolo 161, primo comma, del codice di procedura civile. L'impugnazione della sentenza per far valere la suddetta nullità può essere proposta solo dalla parte nel cui interesse è stabilito l'uso della lingua omesso.»*

Ebbene, nel caso di specie non vi è stata alcuna violazione delle norme sopra individuate *«relative e consequenziali alla scelta e all'uso della lingua»*.

Invero, il pubblico ministero contabile, dopo aver notificato un invito a dedurre bilingue, alla luce delle controdeduzioni formulate in lingua italiana, ha correttamente presunto che la lingua prescelta dall’attuale convenuto

fosse l'italiano.

Deve, quindi, ritenersi che la parte convenuta abbia ingenerato un legittimo affidamento nel pubblico ministero contabile in ordine all'utilizzo della lingua italiana.

La doglianza sollevata per la prima volta in comparsa di risposta comporta quale unica conseguenza l'adeguamento della parte pubblica alla diversa lingua scelta, come è accaduto nel caso di specie, posto che la discussione in udienza si è svolta in lingua tedesca e che la presente sentenza è redatta in lingua tedesca (cfr. Corte dei conti, Sezione giurisdizionale di Bolzano, sentenza n. 26/2011; Id., sentenza n. 27/2011)

2.2. Pertanto, in definitiva, non vi è stata alcuna violazione delle disposizioni relative alla scelta e all'uso della lingua con conseguente rigetto dell'eccezione di nullità sollevata dalla difesa del convenuto.

3. Entrando nel merito della vicenda a giudizio, il Collegio ritiene che la domanda attorea debba essere respinta per le ragioni di seguito esplicitate.

3.1. Preliminarmente, sebbene sul punto non vi sia stata alcuna contestazione di parte convenuta, occorre rilevare che nel caso di specie non trova applicazione l'art. 21 d.l. 16 luglio 2020, n. 76 (c.d. scudo erariale), in quanto ci si trova davanti ad una fattispecie a formazione progressiva, ove la prima parte della condotta di tipo causativo ha natura omissiva e la seconda parte, invece, commissiva si pone quale mero effetto del primo segmento omissivo (cfr. Corte dei Conti, Sezione giurisdizionale per la Regione Piemonte, sentenza n. 339/2023).

La Procura ha, infatti, contestato all'odierno convenuto due condotte

omissive e, nello specifico, l'omesso affidamento della rappresentanza in giudizio all'Avvocatura dello Stato e l'omessa indagine di mercato.

3.2. Con particolare riferimento al primo profilo (omesso affidamento della rappresentanza in giudizio all'Avvocatura dello Stato), deve osservarsi che l'art. 41 del d.P.R. 1° febbraio 1973, n. 49, nella versione vigente *ratione temporis*, prevedeva la possibilità per la regione, le province, i comuni e gli altri enti locali di avvalersi del patrocinio legale dell'Avvocatura dello Stato. Dal tenore letterale della norma emerge, quindi, chiaramente che si tratta di una scelta discrezionale rimessa alle amministrazioni sopra citate.

Come ogni scelta discrezionale occorre, tuttavia, che la stessa sia sorretta da una adeguata motivazione in ordine alla scelta di conferire un incarico oneroso a un avvocato del libero foro.

Invero, *«L'insindacabilità "nel merito" delle scelte discrezionali compiute da soggetti sottoposti alla giurisdizione della Corte dei conti non comporta che esse siano sottratte ad ogni possibilità di controllo, e segnatamente a quello della conformità alla legge che regola l'attività amministrativa, potendo e dovendo la Corte dei conti verificare la compatibilità delle scelte amministrative con i fini pubblici dell'ente, che devono essere ispirati ai criteri di economicità ed efficacia, rilevanti sul piano non della mera opportunità bensì della legittimità dell'azione amministrativa.»* (Cass., Sezioni Unite, ordinanza n. 30527/2019).

Nel caso di specie, il verbale di deliberazione della Giunta comunale del Comune di Castelrotto n. 270/2021, cui ha partecipato il convenuto, è sufficientemente motivato in ordine alla scelta di conferire l'incarico a un

avvocato del libero foro.

In particolare, atteso l'esito positivo del giudizio di primo grado (T.R.G.A. Bolzano, sentenza n. 89/2021), pervenuta la notifica del ricorso in appello, la Giunta comunale ha ritenuto di conferire l'incarico nuovamente all'avvocato Alfred Mulser *«perché ha già rappresentato il comune nel precedente giudizio»*.

La motivazione in ordine alla garanzia della continuità della difesa in appello, considerato l'esito favorevole del giudizio di primo grado, il cui incarico di difesa era stato dato con delibera della Giunta comunale a cui, però, non aveva partecipato l'attuale convenuto, appare ragionevole e immune da vizi di irragionevolezza (cfr. Corte dei conti, Sezione giurisdizionale sede di Trento, sentenza n. 26/2022 in ordine alla non irrazionalità di conferire un secondo incarico a un avvocato del libero foro già precedentemente incaricato e a conoscenza dell'oggetto del contendere).

3.3. Con particolare riferimento al secondo profilo (omessa indagine di mercato), occorre distinguere tra attribuzione di singoli incarichi legali che costituiscono prestazioni d'opera intellettuale, rientranti nell'ambito dei contratti esclusi di cui all'art. 17, comma 1, del d.lgs. 18 aprile 2016, n. 50, e l'attribuzione di incarichi legali di consulenza e assistenza a contenuto complesso inserito in un quadro articolato di attività professionali organizzate cui di contro si applicano le norme del codice dei contratti pubblici (cfr. T.A.R. Lazio, sez. I quater, sentenza n. 9860/2025 che rinvia anche a Cons. Stato, sentenza n. 2730/2012 e Corte dei conti, Sezione giurisdizionale per la Regione Lazio, sentenza n. 509/2021).

L'incarico attribuito nel caso di specie, così come risulta dai documenti prodotti in giudizio, ha ad oggetto una singola prestazione, ossia la difesa nel giudizio di appello, e rientra, quindi, nella prima categoria sopra enucleata con conseguente mancato assoggettamento alla disciplina dei contratti pubblici.

Fermo quanto sopra, non può comunque sottacersi che ai sensi dell'art. 4 vigente *ratione temporis* del d.lgs. n. 50/2016 l'affidamento dei contratti pubblici esclusi dall'ambito di applicazione del codice deve comunque avvenire «*nel rispetto dei principi di economicità, efficacia, imparzialità, parità di trattamento, trasparenza, proporzionalità, pubblicità, tutela dell'ambiente ed efficienza energetica*» nonché del principio di rotazione che può ritenersi una estrinsecazione quanto meno dei principi di imparzialità, parità di trattamento, trasparenza e proporzionalità, al cui rispetto il Comune di Castelrotto era stato peraltro invitato per il tramite dell'attuale convenuto con decreto di archiviazione della Procura regionale di Bolzano dd. 07.04.2020.

Ebbene, anche in relazione agli anzidetti principi non se ne ravvisa alcuna violazione, in quanto un secondo affidamento al medesimo avvocato incaricato del giudizio di primo grado, considerati l'esito favorevole del primo grado e, quindi, la c.d. esecuzione a regola d'arte della precedente prestazione (che giustifica la disapplicazione del principio di rotazione ai sensi della linea guida Anac n. 4 e ora ai sensi dell'art. 49 d.lgs. 31 marzo 2023, n. 36) non è viziato da irragionevolezza.

4. Appurata quindi l'infondatezza della odierna pretesa attorea con specifico

e circostanziato riferimento al conferimento del secondo incarico, occorre nondimeno rilevare che, dalla documentazione agli atti, risulta che la dott.ssa Mahlkecht ha agito in sostituzione del segretario generale momentaneamente assente, potendosi, quindi, ragionevolmente ritenere che ella si sia attenuta al *modus operandi* di conferimento di incarichi legali seguito dall'Amministrazione per il tramite del segretario generale odierno convenuto, quale figura apicale, già oggetto di attenzione da parte della Procura regionale come si è fatto cenno al par. 3.3.

Ciò induce il Collegio a ravvisare idonei motivi per disporre l'integrale compensazione delle spese di giudizio.

PQM

La Corte dei conti, Sezione Giurisdizionale di Bolzano, definitivamente pronunciando, così decide:

rigetta l'eccezione di nullità sollevata da parte convenuta;

assolve il convenuto Karl ERSCHBAUMER dalla domanda attorea;

dispone l'integrale compensazione delle spese.

Manda alla Segreteria per gli adempimenti di competenza.

Così deciso nelle camere di consiglio del 20 novembre 2025 e del 26 novembre 2025.

L'estensore

Anna Zanella

(firmato digitalmente)

Il presidente

Enrico Marinaro

(firmato digitalmente)

Pubblicata mediante deposito in segreteria il giorno 30.12.2025

Per la traduzione la traduttrice presso la Sezione giurisdizionale della Corte

dei conti– sede di Bolzano